

Herr Bürgermeister, meinen Damen und Herren

Zunächst einmal bedanke ich mich bei ihnen Herr Bürgermeister, sowie Herrn Blasweiler und ihren Kollegen allen voran Herrn Walker für die Erstellung des Haushaltes.

Ich möchte mit ihnen heute einen GRÜNEN Blick in die Zukunft wagen. Die Aufgaben der Zukunft werden nicht nur in Lüdenscheid aus unserer Sicht gekennzeichnet sein von

- Klimaschutz und Co2-Reduzierung,
- nachhaltiger Finanzwirtschaft
- der Chancengleichheit im Bildungssystem,
- der Sicherung von Arbeitsplätzen
- dem verantwortungsvollen Umgang mit Flächen für Gewerbe und Wohnen
- so wie einem wertschätzenden Umgang mit Kindern, Jugendlichen und alten Menschen.

Die positive Berichterstattung der Zeitungen und die weitgehend zustimmenden Reaktionen der Fraktionen auf das Klimaschutzkonzept von Bündnis 90/die Grünen zeigt die breite Akzeptanz des Themas und die Anerkennung langjähriger grüner Ziele in der Umweltpolitik.

Auch wenn wir die folgenschweren Schäden der weltweiten CO2 Emissionen in Lüdenscheid nicht kompensieren können, so sehe ich es aber als unsere Pflicht an, alles zu tun, was in unserem Entscheidungsbereich liegt, um unseren lokalen Beitrag dazu zu leisten. Ich gehe davon aus, dass wir in der Diskussion um ein Klimaschutzkonzept für unsere Stadt in der Sache nicht weit auseinander liegen werden. Wenn es jedoch um die Finanzierung von Vorhaben geht, hoffe ich, dass wir auch hier einen breiten Konsens finden und gemeinsam Entscheidungen treffen, das erforderliche Geld in den Klimaschutz zu investieren.

Klimaschutz ist keine grüne Programmstrategie, sondern notwendige Existenzsicherung für die kommenden Generationen.

Zu einem stimmigen Klimakonzept gehört auch der Ausbau des ÖPNV. Hier meine ich insbesondere die Neugestaltung des Bahnhofes. Ein attraktiver sicherer Bahnhof führt zu einer erhöhten Benutzung der Bahn. Die vorgestellten Ideen des Bündnisses Volme-Agger-Bahn für ein Bahnhofsgebäude mit Bistro, Zeitschriftenverkauf usw. sind nur zu begrüßen. Ich fordere die Verwaltung auf, mögliche Investoren zu ermitteln.

Besonders gut gefällt mir die Idee des „Phänomentabahnsteiges“, eine bessere Anbindung zur Phänomenta kann man sich doch gar nicht vorstellen.

Trotz wünschenswertem Investor kann sich hier die Stadt nicht vor möglichen eigenen Investitionen zurückhalten.

Der Haushalt 2007 hat doch nicht so ein schlechtes Jahresergebnis gebracht, wie zunächst von allen befürchtet. Statt 14 Mill. „nur“ 4 Mill. Das ist erst mal gut.

Das heißt aber nicht, dass wir uns auf die Schulter klopfen dürfen und sagen können: „ Super, das wird dieses Jahr bestimmt genauso, lassen wir die Kämmerei erst mal jammern, letztendlich wird eh alles besser!“ Ganz im Gegenteil: Der bessere Jahresabschluss ist ausschließlich auf steigende Steuereinnahmen und Wirtschaftswachstum zurückzuführen. Ob das 2008 genauso sein dürfte, ist nach den bisherigen Entwicklungen an der Börse, bzw. auf den internationalen Märkten mehr als fraglich. Was ist also zu tun?

Aus unserer Sicht sind große Einsparungen nur mit der Schließung von Einrichtungen zu erreichen, und dem Abbau von freiwilligen Leistungen zu erreichen, was nicht zur Attraktivitätssteigerung unserer Stadt führen würde und von uns entsprechend abgelehnt wird.

Wir hoffen, dass mit Hilfe der Haushaltskonsolidierungsgruppe und dem externen Berater sinnvolle und verträgliche Einsparungsvorschläge erarbeitet werden. Hier ist es dann Aufgabe der Politik zu entscheiden. Unsere gemeinsame Verantwortung, meine Damen und Herren, ist nicht nur auf die Verwaltung ab zu schieben.

Um das Defizit im Haushalt zu verringern, muss gerade deswegen auch über eine Erhöhung der Einnahmen nachgedacht werden. Immer wieder beantragen wir die Anhebung der Gewerbesteuer. Vor zwei Jahren hat das bereits auch der Arbeitgeberverband vorgeschlagen. Dieser selbst hat angeboten, mehr Gewerbesteuer zu bezahlen. Was hält uns also davon ab, die Gewerbesteuer auf den Landesdurchschnitt anzuheben? Ich kann es ihnen sagen: Sie meine Damen und Herren von den anderen Ratsparteien. Sie verzichten damit freiwillig auf Mehreinnahmen. Von der Verwaltung wurde vorgeschlagen, die Grundsteuer B auf Landesdurchschnitt anzuheben, was zu einer Mehrbelastung von ca. 5% für die Eigentümer geführt hätte. Gleichzeitig hätte die Stadt damit ca. 500.000 € eingenommen. Auch hier waren wir die einzige Partei, die diesem Einnahmenvorschlag zugestimmt hätte.

Als zu Beginn des Jahres plötzlich ein „Geldsegen“ von 2, 5 Mill € (Rückzahlung aus Solidaritätsbeiträge) auf die Stadt herabregnete, wollte die SPD Gutes damit tun, z. B. in Schulen investieren. Grundsätzlich immer eine gute Idee!!

Auch wir haben in der Fraktion sofort wichtige Projekte gefunden, die unbedingt zu unterstützen sind. Aber viel wichtiger und vor allem

nachhaltiger ist es, dieses Geld in den Schuldenabbau zu stecken, um langfristig jährlich Zinsen einzusparen. Dieses Geld ist dann verlässlich und seriös einsetzbar.

Ein paar Worte zum Stellenplan:

Das Gute am diesjährigen Stellenplan ist die Ausweisung von 2,5 neuen Stellen im ASD. Tragisch wiederum ist es, dass es erst in einigen Städten zu den uns allen bekannten Vorfällen kommen musste, damit im Bereich der Familienhilfe investiert wird.

Auch die Nachfrage von uns Grünen im JHA, hat die unhaltbare Situation im ASD noch einmal verdeutlicht.

Es reichte scheinbar nicht der Druck der Mitarbeiter aus, die seit langer Zeit ihre Arbeitssituation beklagen.

Doch auch mit 2,5 Stellen mehr, ist man nicht auf der sicheren Seite. Um Kindern und Jugendlichen einen guten und sicheren Start ins Leben zu ermöglichen und Chancengleichheit zu verwirklichen, ist mehr nötig!

Was uns am Stellenplan nicht gefällt, sind die Einsparungen im Personal bei der ZGW.

Gerade im Hinblick auf die Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes für Lüdenscheid wären hier möglicherweise vorhandene Personalressourcen nutzbar.

Auch im Bereich des Jugendamtes sollen Erzieherstellen eingespart werden. Da frage ich mich doch, ob die nicht besser bei der von vielen Eltern geforderten Betreuung von unter 3 J. Kindern eingesetzt werden können?!

Zu einer lebenswerten Stadt in der ihre Bürger gerne wohnen, gehören attraktive Angebote für alle Generationen.

Hier ist zunächst eine qualitativ gute Kinderbetreuung bei Bedarf von Geburt an wünschenswert.

Die Möglichkeiten der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren sind noch nicht in ausreichender Zahl vorhanden.

Hier müssen weitere Plätze geschaffen werden, für die eben auch entsprechend viele Erzieher zur Verfügung stehen müssen, da im KIBIZ bei der unter 3 Betreuung 2 Erzieher pro Gruppe vorgesehen sind. Sehr schön, denn das Land nähert sich hier dem Lüdenscheider Modell an.

B90/Grüne begrüßen, dass die Elternbeiträge trotz KIBIZ in Lüdenscheid stabil bleiben. Lobenswert sind die neuen Beitragssätze, da die Einkommensgrenze für die Beitragsfreiheit angehoben wurde und besser Verdienende entsprechend mehr bezahlen müssen.

Die Stabilität der Beiträge für die Eltern bedeuten aber auch freiwillige Ausgaben für die Stadt.

Hier springt die Stadt mal wieder für die Politik der CDU auf Landesebene ein. Diese hat nämlich indirekt auf eine Erhöhung der Elternbeiträge gesetzt, in dem sie den Landeszuschuss für den finanziellen Ausgleich des Elternanteils abgeschafft hat.

Investitionen in Bildung hat für uns oberste Priorität, ob im Kindergarten oder in der Schule.

Hervorzuheben ist in diesem Jahr sicherlich der Anbau an der Erwin-Welke-Schule für den OGS. Ein Bauvorhaben für das viele Schulen andere wichtige Projekte leider ein weiteres Jahr zurückstellen müssen.

Diese Entscheidung zeigt aber, dass so langsam alle Parteien gemerkt haben, dass eine ganztägige Betreuung für viele Kinder der einzige Weg zur Chancengleichheit ist.

Ausgesprochen gut finden wir die Einrichtung eines Jugendraumes an der Erwin-Welke-Schule. Mit entsprechender professioneller Begleitung kann dann bedarfsorientiert in diesem Stadtteil flexible Jugendarbeit angeboten werden. Dieses wäre auch für andere Stadtteile, wie z. B. am Buckesfeld unbedingt nötig und dringende Aufgabe für 2008.

Wenn man heute nicht vermehrt Geld für präventive Jugendarbeit in Schule und Freizeit ausgeben möchte, darf man sich auch nicht beschweren, wenn für viele Jugendliche die Freizeitbeschäftigung in dem Besuch von Sterncenter, Tankstellen und Bushaltestellen und Spielen mit der Playstation und dem Computer bestehen, bzw. Lebensperspektiven völlig fehlen.

Doch leider meckern genau die Leute, die eben nicht bereit sind, mehr Geld in Präventive Projekte zu geben.

Das soll einer verstehen- ich tu es nicht!

Im letzten Punkt soll es um die Flächenbedarfsplanung gehen, insbesondere der Ausweisung von Gewerbeflächen.

Verantwortungsvoller Umgang mit Flächen bedeutet für uns, dass zunächst innerstädtische Baulücken gefüllt werden müssen. Dies ist für Wohnbebauung sowie für Gewerbeflächen gleichermaßen von Bedeutung. Eine weitere Ausweisung für Wohnbebauung z. B. am Schäferland lehnen wir u. a. aufgrund der demographischen Entwicklung ab.

Wenn man realistisch ist, wird die Einwohnerzahl von Lüdenscheid zudem so weit abnehmen, dass es genügend Leerstände geben wird.

Der errechnete Bedarf für zukünftige Gewerbeflächen ist auf Lüdenscheider Gebiet kaum zu realisieren. Warum lässt man dann zu, einen Logistikbetrieb im Gewerbepark Rosmart bauen zu lassen?

Klar, weil in den letzten Jahren kaum Gewerbeflächen nachgefragt worden sind und bei einer Nichtansiedlung Zahlungen auf die Stadt zukommen würden.

Allerdings verschleudert man so wertvolle Flächen für mögliche zukünftige Betriebe. Eine nachhaltige Flächenpolitik sieht für mich anders aus.

Zum guten Schluss:

Wir werden dem Haushalt heute zustimmen, auch wenn es nicht sehr beruhigend ist, in diesem Haushalt bereits jetzt von einem Millionen Defizit zu wissen.

Es muss uns aber auch klar sein, dass wir nur dann annähernd aus diesem heraus kommen, wenn wir Einrichtungen schließen und uns auf reine Pflichtaufgaben der Stadt beschränken würden.

Das ist nicht Ziel von B90/Die Grünen und wird auch bisher von keiner Ratsfraktion gewünscht. Doch selbst mit so einer unbefriedigenden Sparpolitik würde es wahrscheinlich nicht ausreichen, da immer wieder durch Kreisbeschlüsse oder Landes- und Bundespolitische Entscheidungen Ausgaben auf die Stadt zu kommen, die wenig beeinflussbar sind.

Hier gilt es vom Bürgermeister und den regierenden Parteien CDU und SPD immer wieder anzumahnen, nicht alles auf die Kommunen abzuschieben.

Aus unserer Sicht ist ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz notwendig. Herr Schulte, darum bitte ich vor allem sie: Setzen sie sich für die Stadt ein!

Dennoch bleibt uns die Möglichkeit innerhalb eines stark begrenzten finanziellen Rahmens, Entscheidungen zu treffen, damit Akzente und Schwerpunkte zu setzen und Weichen zu stellen, für eine liebens- und lebenswerte Stadt Lüdenscheid.

Denn ich möchte mit ihnen in einer Stadt leben, in der deutlich wird, dass sie sich bewusst für Familien und Kinder einsetzt, von der ich weiß, dass Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit oberstes Gebot ist und in der ich sehe, dass sie verantwortungsvoll mit den Ressourcen unserer Umwelt umgeht.

Vielen Dank